

in Tirol und in Deutschböhmen, wo sie auch politische Nachwirkungen haben, sehr dringend sind.

Der Polenklub hat heute nachmittag eine Beratung abgehalten. Die Aussprache war eine mehr informierende. Die Stellungnahme des Polenklubs zur Regierung ist noch nicht festgestellt. Eine solche Stellungnahme wird erst erfolgen, nachdem das Präsidium des Polenklubs mit dem Ministerpräsidenten Rücksprache gepflogen hat. Das dürfte bereits morgen der Fall sein.

Deutschradikale Vereinigung.

Die Deutschradikale Vereinigung des Abgeordnetenhauses hielt heute nachmittag eine fünfständige Beratung über die innerpolitischen Ereignisse ab. Insbesondere wurden die Vertagung des Abgeordnetenhauses und die nationalpolitischen Angelegenheiten, die in der nächsten Zeit die Öffentlichkeit beschäftigen werden, besprochen. Auch die Stellung, welche von den deutschen Parteien gegenüber dem Kabinett Seidler zu beziehen sei, wurde eingehend erörtert. Wie verlautet, ist über die Stellung zur Regierung ein Beschluss gefasst worden, der dem Verbandsausschusse der deutschnationalen Parteien unterbreitet werden soll. Diesem Beschlusse zufolge soll die Regierung Seidler unter der Voraussetzung unterstützt werden, daß sie ihre Absicht, eine Ordnung der Verhältnisse in Oesterreich herbeizuführen, verwirklicht.

Deutsch-sozialdemokratischer Klub.

Der Klub der deutschen Sozialdemokraten hielt heute vor- und nachmittag im Parlament Sitzungen. Nach ausführlicher Erörterung der politischen Lage beschloß der Klub einstimmig, das vom Klubpräsidium und dem Parteivorstand im Einvernehmen veröffentlichte Manifest zu genehmigen und das Präsidium zu beauftragen, alles anzubieten, um die ehestige Einberufung des Parlaments zu erwirken.

Die Beratung des Polenklubs.

Der Polenklub hielt heute nachmittags eine mehrstündige Beratung über die innerpolitische Lage ab. Fast alle Redner gaben der Meinung Ausdruck, daß die vom Ministerpräsidenten angekündigte Absicht, in den inneren Verhältnissen Ordnung schaffen zu wollen, es den Mitgliedern des Polenklubs zur Pflicht mache, die Interessen des Königreiches Galizien nachdrücklich gegen jeden gewaltsamen und ungesetzlichen Eingriff zu schützen. Namentlich wurde die Notwendigkeit betont, die Unteilbarkeit Galiziens, die von den Polen stets als etwas Selbstverständliches betrachtet wurde, unverändert aufrechtzuerhalten. Auch die Haltung des Klubs zur gegenwärtigen Regierung und zum Kabinetschef Dr. Ritter v. Seidler wurde einer eingehenden Erörterung unterzogen. In diesem Punkte hat die Debatte bisher nur eine Richtlinie gezeitigt, daß nämlich die bisherigen Handlungen der Regierung den Polenklub nicht befriedigten. Ein Beschluss wurde heute nicht gefasst. Die Beratungen werden morgen fortgesetzt werden.

Ueber die Beratungen des Polenklubs wird noch gemeldet: Unter Vorsitz des amtsführenden Obmanns Grafen Paworowski fand heute eine Sitzung des Polenklubs statt, an der die Mitglieder des Herrenhauses Graf Badeni, Ritter v. Bilinski, Ritter v. Tendorzewicz, Ritter v. Korytowski, v. Kozmian und Ritter v. Starzynski teilnahmen. Nach Verlesung der Zuschrift des Abgeordneten Dr. Glombinski, mit der der Austritt der nationaldemokratischen Gruppe aus dem Polenklub angezeigt wurde, ist eine Kommission, bestehend aus den Abgeordneten Paworowski, Pasocki, Tertil und Brobel mit dem Auftrage eingesetzt worden, die einzelnen Punkte dieser Zuschrift zu beantworten. Im Laufe der Debatte über diesen Gegenstand wurde vom amtsführenden Obmann Grafen Paworowski festgestellt, daß vor der Abstimmung über das letzte Budgetprovisorium das Präsidium des Polenklubs zur Audienz berufen wurde. Sodann wurden zu der am 11. d. im Ministerium für öffentliche Arbeiten stattfindenden Konferenz über die Preisbestimmung für galizisches Rohöl die Abgeordneten Angermann, Pugno, Löwenstein, Strohhaus und Karanski als Delegierte des Polenklubs bestimmt. Der Vizeobmann Kendorzior erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Präsidiums seit der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses bis zu dem heutigen Tage, mit besonderer Berücksichtigung der letzten politischen Ereignisse. Von den in der Sitzung anwesenden polnischen Mitgliedern des Herrenhauses beteiligten sich an der Debatte Ritter v. Starzynski, Ritter v. Bilinski, v. Kozmian. Die Sitzung wird morgen fortgesetzt.

Südslawische Protestkundgebung.

In Adelsberg fand eine südslawische Versammlung statt, in der die Abgeordneten Dr. Korosec, Dr. Kavanhar, Dr. Rybar und Dr. L. Pogačnik gegen die Vertagung des Parlaments sprachen. Es wurde eine Reihe von Resolutionen angenommen, in denen der mit der südslawischen Deklaration vom 30. Mai 1917 eingeleitete Kampf für einen selbständigen Staat der Slowenen, Kroaten und Serben begrüßt und dem südslawischen Klub das vollste Vertrauen ausgesprochen wird. Der Versuch Dr. Ritter v. Seidlers, durch einseitige Konzessionen an die Deutschen zu deren Gunsten die nationale Frage im Norden anders zu lösen als wie im Süden sowie die angekündigte Errichtung einer deutschen nautischen Schule in Triest wird auf das schärfste verurteilt.

Kundgebung der deutschen Fortschrittspartei über die Kreisbehörden.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Prag, 6. Mai.

In der heute abgehaltenen Sitzung der erweiterten Präsidialkommission der deutschen Fortschrittspartei in Böhmen wurde einstimmig folgende Kundgebung beschlossen:

Unter dem Druck der unhaltbaren Verhältnisse hat sich die Regierung zur Ernennung von Kreishauptleuten entschlossen. Eine Besserung der nationalen Verhältnisse kann aber dadurch allein nicht herbeigeführt werden. Vielmehr ist es unbedingt notwendig, die längst geforderte und vorbereitete nationale Abgrenzung der Gerichts- und politischen Bezirke unter vollem Schutz der hodenständigen deutschen Minderheiten endlich durchzuführen, den Kreishauptmannschaften nationale Kreisvertretungen zur Seite zu stellen und die Landesbehörden national zu rekonstruieren. Nur eine derartige durchgreifende Umgestaltung der gegenwärtigen Organisation kann das deutsche Volk in Böhmen befriedigen. Die Landeshauptstadt Prag kann, sofern die Regierung, wie angekündigt, auf dem Boden des Gesetzes vom 13. Mai 1888 verbleiben will, in die Kreis-einteilung überhaupt nicht einbezogen werden, denn eine Entlastung der Statthalterei im Sinne dieses Gesetzes darf nur durch Beamte, die außerhalb Praas bleibend besetzt sind,

Die Verhandlungen des Ministerpräsidenten mit den Parteien.

Wien, 6. Mai.

Eine Woche der Verhandlungen beginnt. Die einzelnen Parteien werden in den nächsten Tagen zu der Vertagung des Hauses und der dadurch geschaffenen neuen Situation Stellung nehmen. Der Ministerpräsident hat heute in Fortsetzung seiner Verhandlungen mit den Parteien mit dem Obmann der Christlichsozialen Vereinigung Prälaten Hauser und mit dem Obmann des Rumänenklubs Hofrat Dr. v. Sypescul-Grecul konferiert.

Infolge der bevorstehenden Parteiberatungen sind heute schon zahlreiche Abgeordnete aus allen Parteien im Abgeordnetenhause erschienen. Die deutschen Parteien beabsichtigen eine Kundgebung für die Regierung. Diese Kundgebung soll jedoch erst erfolgen, wenn die von der Regierung angekündigte Verordnung über die Errichtung von Kreishauptmannschaften in Böhmen veröffentlicht ist. Man rechnet damit, daß die Verordnung Ende dieser Woche erscheinen wird. Der Ministerpräsident hat amtslich der letzten Besprechungen, die er mit führenden deutschen Abgeordneten gehabt hat, abermals erklärt, daß die Befürchtungen, die Parlamentspause werde lange hinausgezogen werden, vollkommen unbegründet sind. Neben den politischen Verhandlungen finden auch Verhandlungen über die Ernährungsfragen statt, die insbesondere